



Agnes Alpers Aktuell



© Georges / pixelto.de

Vertreibung. Flucht. Asyl.

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

während der Arbeit für unseren letzten Newsletter hatten wir die Gelegenheit mit Flüchtlingen zu sprechen. Dieses Gespräch hat uns alle in der Redaktion sehr bewegt und so haben wir beschlossen, dem Thema „Flucht“ einen eigenen Newsletter zu widmen, wohl wissend, dass das ein Thema ist, das wir nur bruchstückhaft anreißen können. Zu vielschichtig sind die Probleme, als dass wir sie alle beschreiben könnten. Deutsche und internationale Rechtslage, die politische Situation in den Heimatländern oder Schleuser, die sich am Leid der Flüchtenden bereichern – es gäbe so viele Punkte zu bearbeiten. Wir können nur Schlaglichter auf einzelne werfen und damit für das Thema sensibilisieren.

Aber angesichts der aktuellen Entwicklung müssen wir uns der Tatsache stellen, dass immer mehr Menschen auf der Flucht sind und wir, die wir in einem relativ reichen und sicheren Land leben, die Verantwortung dafür übernehmen müssen, diesen Menschen einen Zufluchtsort zu geben. Menschen verlassen ihre Heimat, weil sie sich dort nicht mehr sicher fühlen, verfolgt werden, hungern oder keine Chance auf Bildung haben. Sie geben alles, was sie haben, um die Schleuser zu bezahlen, die sie auf gefährlichen Wegen hierher bringen. Sie haben ein Recht auf unsere Hilfe! Wir dürfen unsere Grenzen nicht schließen, wir haben noch sehr viel Platz für Menschen, die ein neues Zuhause suchen.

Eine interessante Lektüre wünschen wir und freuen uns wie immer über Rückmeldungen

INHALTSVERZEICHNIS

Vertreibung. Flucht. Asyl

- 2** Inhaltsverzeichnis, Impressum
- 3** Die ganze Heimat trägt der Emigrant
- 4** Globale Statistiken von UNHCR
- 5** FRONTEX gegen Flüchtlinge
- 7** Diskussion über Asyl- und Flüchtlingspolitik im Innenausschuss
- 8** Die Flucht unnötig werden lassen - Solidarität üben
- 9** UNHCR meldet traurige Negativrekorde bei den weltweiten Gesamtflüchtlingszahlen
- 12** Fluchterfahrung - ein Interview mit Cindi Tuncel, MdBB
- 16** Ermessensspielräume nutzen - Aspekte der Flüchtlingspolitik in Bremen
- 18** Fahrt in ein besseres Leben - Der Auswandererhafen Bremerhaven
- 20** Gastbeitrag eines Bremer Wahrzeichens
- 21** Glossar
- 22** Überblick aller bisher erschienenen Newsletter

IMPRESSUM

Redaktion: Sabine Bomeier, Florian Grams, Barbara Klaus, Rudolf Kossolapow, Martin Mandel

Layout: Rudolf Kossolapow

Anschrift: WK-Büro Agnes Alpers, Doventorstr 2, 28195 Bremen, Tel. 0421 - 16 53 974, Fax 0421 - 17 83 980

E-Mail: agnes.alpers@wk.bundestag.de

Artikel, die mit Namen oder Initialen des Verfassers gekennzeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Wir verpflichten uns nicht, jeden eingesandten Text zu veröffentlichen und behalten uns Kürzung und Bearbeitung der eingesandten Manuskripte vor.

Sämtliche Texte und Bilder in diesem Newsletter dürfen - auch auszugsweise - ohne ausdrückliche Genehmigung der Urheber in keiner Form (zum Beispiel Druck, Fotokopie, digitale oder elektronische Vervielfältigung) in anderen Medien verwendet werden.

Der Newsletter darf aber ohne Genehmigung zu ausschließlich nicht-kommerziellen Zwecken gerne weitergeleitet und verbreitet werden.

Herausgeber: Wahlkreisbüro Agnes Alpers, Bremen, V.i.S.d.P.: Sabine Bomeier

Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

Die ganze Heimat trägt der Emigrant

Nachdem im Januar 1933 Adolf Hitler zum Reichskanzler des Deutschen Reiches ernannt und damit die Macht in Deutschland an die Faschisten übertragen worden war, waren tausende Menschen zur Flucht gezwungen. In ihrem Heimatland drohte ihnen Verfolgung, Not und Tod. Sie fanden Aufnahme in vielen Ländern. Von Frankreich über die Sowjetunion und Skandinavien bis in die USA, nach Cuba und Mexico führte die Flucht vor den faschistischen Häschern.

Dabei erlebten die Emigrantinnen und Emigranten Solidarität und Ausgrenzung in ihren Gastländern. Vor allem aber waren sie dort mit dem Verlust ihres vertrauten Lebensumfeldes konfrontiert sowie häufig auch mit dem Wegfall ihrer wirtschaftlichen Lebensgrundlagen. So stellte etwa Heinrich Mann fest, dass es ihm in den USA nicht gelungen ist, an bisherige literarische Tätigkeiten anzuknüpfen, weil er dazu seiner Muttersprache bedürfe. Zudem sei sein Schreiben stets eingebettet in die deutsche Kultur, die ihm in Amerika schmerzlich fehle. Auf diese Weise benannte der Literat den Zwiespalt, in dem sich Flüchtlinge immer befinden: Auf der einen Seite steht das lebensrettende Asyl in der Fremde, auf der anderen Seite der Verlust von Heimat und Vertrautheit. Einen ähnlichen Zusammenhang erfasste der Berliner Satiriker Walter Mehring in seinem 1934 in Paris entstandenen „Emigrantenchoral“:

„Werft / Eure Herzen über alle Grenzen, / Und wo ein Blick grüßt, werft die Anker aus! / Zählt auf der Wanderung nicht nach Monden, Wintern, Lenzen - / Starb eine Welt - ihr sollt sie nicht bekränzen! / Schärft / Das euch ein und sagt: Wir sind zu Haus! / Baut euch ein Nest! / Vergeßt - Vergeßt / Was man euch aberkannt und euch gestohlen! / Kommt ihr von der Isar, Spree und Waterkant: / Was gibt's da heut zu holen? / Die ganze Heimat / Und das bißchen Vaterland / Die trägt der Emigrant / Von Mensch zu Mensch - von Ort zu Ort / An seinen Sohlen, in seinem Sacktuch mit sich fort.“

1945, nach der Befreiung vom deutschen Faschismus, kehrten etliche der Exilierten zurück an „Isar, Spree und Waterkant“. In beiden deutschen Staaten schlugen sich die Erfahrungen von Flucht und Exil in der Gewährung eines Rechts auf Asyl nieder. Es bestand Einigkeit, dass – wer flüchten muss – den grüßenden Blick und die Möglichkeit braucht, die Anker auszuwerfen. Im Parlamentarischen Rat, der das Grundgesetz der Bundesrepublik entwarf, gab es allerdings bereits Diskussionen, wie die entstehenden Kosten des Asylrechts zu finanzieren seien. Einige Abgeordnete machten sich daher bereits damals dafür stark, das Asylrecht einzuschränken und in die Verfassung hineinzuschreiben, dass etwa Kommunistinnen und Kommunisten kein Asylrecht genießen sollten. Andere Abgeordnete erkannten indes, dass „[...] wenn wir irgend etwas ausnehmen würden, um die Voraussetzungen für die Gewährung des Asylrechts festzulegen, dann müßte an der Grenze eine Prüfung durch die Grenzorgane vorgenommen werden. Dadurch würde die ganze Vorschrift wertlos.“ Im Ergebnis dieser Debatte wurde in den Artikel 16 des Grundgesetzes der unzweideutige Satz „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ geschrieben. Er wurde einstimmig beschlossen.

Als Anfang der 1990er Jahre durch das Ende des staatlich organisierten Sozialismus und den Krieg in Jugoslawien Not und Krieg wieder näher an die deutschen Grenzen herankamen, nahm folgerichtig auch die Anzahl der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge zu. Gleichzeitig gab es in Deutschland eine Verstärkung fremdenfeindlicher Tendenzen und Übergriffe. Die Ursache hierfür sahen viele Politiker und Medienmacher in Fehlern der deutschen Asylpolitik. Deshalb polemisierten sie gegen dieses Grundrecht. Oftmals erschienen die Flüchtlinge nicht als Opfer, sondern als Quelle des gesellschaftlich wirksamen Rassismus. Dementsprechend wurde 1993 das Asylrecht

Globale Statistiken von UNHCR

Die sieben größten Herkunftsländer von Flüchtlingen

Afghanistan - 2,5 Millionen
 Syrien - 2,4 Millionen
 Somalia - 1,1 Millionen
 Sudan - 649.300
 Demokr. Republik Kongo - 499.500
 Myanmar - 479.600
 Irak - 401.400

Die fünf größten Aufnahmeländer von Flüchtlingen

Pakistan - 1,6 Millionen
 Iran - 857.400
 Libanon - 856.500
 Jordanien - 641.900
 Türkei - 609.900

Länder mit den meisten Binnenvertriebenen

Syrien - 6,5 Millionen
 Kolumbien - 5,3 Millionen
 Demokr. Republik Kongo - 2,9 Millionen
 Sudan - 1,8 Millionen
 Somalia - 1,1 Millionen
 Irak - 954.100

Alle Zahlen bis Ende 2013

Quelle: www.uno-fluechtlingshilfe.de/fluechtlinge/zahlen_und_fakten.htm

eingeschränkt und Menschen, die über ein vermeintlich sicheres Drittland nach Deutschland gekommen sind, hatten hier ihr Asylrecht verwirkt. In dieselbe Richtung wies die Regelung, dass Flüchtlinge, die mit dem Flugzeug nach Deutschland kommen, zunächst einmal im Transitbereich des Flughafens festgehalten werden können, um den Asylantrag vor der formellen Einreise nach Deutschland zu prüfen.

Auf diese Weise wurde aus dem verfassungsmäßig verbrieften Recht auf Asyl nahezu ein Gnadenakt, der zudem mit vielen Einschränkungen, wie der Residenzpflicht, dem Arbeitsverbot und mit unsicherem Aufenthaltsstatus verbunden ist. Es ist bezeichnend, dass der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge dieses – nach wie vor geltende – deutsche Flüchtlingsrecht als unmenschlich bezeichnete, weil es Flüchtlingen sichere Perspektiven verweigere. An den Grenzen wurden Prüfungen des Asylrechts eingeführt und das verfassungsmäßige Recht damit faktisch wertlos.

Eine solidarische Flüchtlingspolitik darf demgegenüber nicht aus dem Auge verlieren, dass die Fluchtgründe zum großen Teil in Europa und Nordamerika gemacht worden sind. Sie muss zudem ebenso darauf bestehen, dass die Flüchtlinge dort wo sie leben ein würdevolles und gutes Leben leben können. Auf diese Weise bleiben die Beseitigung der Fluchtursachen und die Solidarität mit den Geflüchteten in ihrem Exil im Fokus der politischen Praxis.
 Florian Grams

FRONTEX gegen Flüchtlinge

Menschen in Not werden nicht aufgenommen, sondern bekämpft

Seit der Jahrtausendwende sind mindestens 23.000 Geflüchtete an Europas Grenzen gestorben. 25 Jahre nach dem Fall der Mauer werden in Europa erneut die Mauern wieder hochgezogen: Zwischen Griechenland und der Türkei, um die spanischen Exklaven Ceuta und Melilla und an der bulgarisch-türkischen Grenze hat die EU massivste Grenzzäune errichten lassen. Die Firma, die diese Zäune baut, verkauft sie sonst an AKWs oder militärische Sperrgebiete. Die EU macht sich zum Sperrgebiet für MigrantInnen, in denen sie offensichtlich eine große Bedrohung sieht.



© Graham Milin

Frontex - Die Mauer Europas

Vor kurzem kam ein junger Mensch aus Damaskus in die Beratungsstelle für MigrantInnen und Geflüchtete, in der ich aktiv bin. Mit Kriegsbeginn hatte ihn das Assad-Regime in die Armee eingezogen. Als ihm dort befohlen wurde, auf Demonstranten zu schießen, desertierte er, stand daraufhin auf der schwarzen Liste der Regierung und musste sofort das Land verlassen, sonst wäre er mit großer Wahrscheinlichkeit getötet worden. Er floh Richtung Türkei, schwamm durch den Grenzfluss zu Griechenland, übernachtete auf den Straßen Athens, wurde in Ungarn monatelang inhaftiert und misshandelt. Danach, so erzählte er,

war ihm klar, dass die Situation für Geflüchtete woanders besser sei als in Europa. Obdachlosigkeit, Haft, Schläge und Ungewissheit mitten in Europa waren schlimmer als die Lage in Ländern ohne Asylsystem. Die Fluchtgeschichte dieses Mannes zeigt, wie menschenverachtend die Asylpolitik in der EU und ihren Mitgliedstaaten ist.

Flucht als Verbrechen

Legale Einreisewege für Flüchtende gibt es in die EU nicht. 2012 wurde mit der Abschaffung des Schweizer Botschaftsasyls der letzte legale Fluchtweg nach Europa geschlossen. Flucht ist in der EU ein Verbrechen, die illegalisierte Einreise wird aufenthaltsrechtlich und strafrechtlich geahndet. Menschen auf der Flucht sind gezwungen, klandestine, also geheime Einreisewege zu benutzen. Die sind teuer und oft gefährlich. Und sie kriminalisieren Flucht, indem Geflüchtete zu – im Frontexsprech – „illegalen Einwanderern“ gemacht werden.

FRONTEX - europäische Agentur zur Grenzabschottung

Die EU-Grenz"schutz"agentur Frontex ist dafür da, illegalisierte Einwanderung zu bekämpfen. Seit ihrer Gründung 2005 wurden ihr Budget, Personal und Kompetenzen um ein Vielfaches ausgeweitet. Frontex koordiniert Einsätze an den Außengrenzen, verhandelt Kooperationsverträge mit anderen Ländern, trainiert deren Grenzbeamte, organisiert Abschiebeflüge. Bei Frontex laufen über EUROSUR (englisch European border surveillance system, deutsch Europäisches Grenzüberwachungssystem) Informationen aus allen verfügbaren Quellen der Grenzüberwachung zusammen: Von Satellitenüberwachung, Drohnen, Flugzeugen, Küstenradar, geliefert von Grenzpolizeien, paramilitärischen Einheiten und auch Geheimdiensten aus ganz Europa und sogar aus Libyen. Daraus erstellt Frontex seine so genannten „Risikoanalysen“, die die Fluchtbewegungen außerhalb der EU verfolgen und daraus Prognosen erstel-

len, an welchen Stellen der Außengrenzen ein besonders großes „Risiko“ der Einwanderung besteht. Auf dieser Basis werden dann die jeweiligen Länder informiert, damit sie die Grenze dicht machen können. Die Aufgaben von Frontex wurden ausgeweitet, die kaum existierende parlamentarische Kontrolle hingegen nicht. So darf die Agentur seit 2011 eigenständig Kooperationsabkommen mit Drittländern verhandeln, zum Beispiel mit dem Ziel, libysche Grenzbeamte zu trainieren. Die sollen dann noch effektiver Menschen auf der Flucht am Verlassen des libyschen Territoriums hindern. Dass in Libyen Geflüchtete ohne Anklage und ohne zeitliche Begrenzung inhaftiert werden und in der Haft systematischer Misshandlung und Folter ausgesetzt sind, interessiert Frontex dabei nicht. Hauptsache, die Agentur kann auf eine Armada an Erfüllungsgehilfen zurückgreifen, die sofort einsetzbar sind, wenn Geflüchtete geortet werden.

Auch die GrenzbeamtInnen der EU-Mitgliedstaaten verletzen bekanntermaßen die Menschenrechte, unterlassen Hilfeleistung, greifen Geflüchtete direkt an oder nehmen illegale Rückschiebungen vor. Diese so genannten Push-backs sind rechtswidrig, sie wurden aber sowohl von nationalen Grenzbehörden als auch von Frontex unternommen. Auch in Zukunft soll Frontex Geflüchtete direkt zurückweisen können. Wenn sie zum Beispiel in internationalen Gewässern aufgegriffen werden, darf Frontex sie nach dem Willen der europäischen Regierungen direkt dorthin zurückbringen, wo sie abgelegt haben - eine Art legalisiertes Kidnapping. Einzige Voraussetzung ist, dass dort nach Meinung von Frontex ihre Menschenrechte gewahrt bleiben.

Abschiebezone EU

Auch innerhalb der EU finden massenhaft Abschiebungen statt: Nach dem Dublin-System ist nur noch der Staat für ein Asylverfahren zuständig, in dem die asylsuchende Person zuerst das EU-Gebiet betreten hat. Das bedeutet, dass Geflüchtete zum Beispiel aus der Bundesrepublik nach Italien abgeschoben werden, obwohl ihnen dort mit großer Wahrscheinlichkeit Obdachlosigkeit droht. Oder sie werden nach Ungarn abgeschoben, trotz der dortigen Gesetze, die erlauben, dass Geflüchtete bis zu sechs Monate inhaftiert werden können ohne die Möglichkeit, dagegen zu klagen.

Fluchtursachen bekämpfen, nicht Flüchtlinge!

Eine Wende in der europäischen Asyl- und Grenzpolitik ist daher dringend nötig. Die tödliche Grenzabschottung muss beendet und durch legale Einreisewege ersetzt werden. Das Dublin-System (völkerrechtlicher Vertrag über die Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft sowie weiteren europäischen Staaten gestellten Asylanspruches) gehört abgeschafft- ebenso wie Frontex und die nationalen Grenzschutzeinheiten. Weltweit sind 45 Millionen Menschen auf der Flucht. Sie fliehen vor Hunger, an dem jedes Jahr 8,8 Millionen Menschen sterben. Sie fliehen vor Konflikten, die auch von der deutschen Rüstungsindustrie mit Waffenexporten im Wert von zuletzt 8.3 Milliarden Euro befeuert werden. Sie fliehen vor dem Klimawandel, der vor allem von den Industrieländern verursacht wurde. Solange europäische Konzerne durch Agrar- und Rüstungsexporte, Fischerei oder Landgrabbing Fluchtursachen erzeugen, trägt Europa eine Mitverantwortung für massenhafte Vertreibung. Wenn wir uns für die Internationale Solidarität einsetzen wollen, müssen wir daher weiter friedensgefährdende und ausbeuterische Produktion auch lokaler Konzerne bekämpfen. Das fängt bei der Rüstungsindustrie an und hört bei Primark nicht auf. *Sofia Leonidakis*



© Rudolf Kossolapow

Im Plenarsaal des Deutschen Bundestages

Diskussion über Asyl- und Flüchtlingspolitik im Innenausschuss

Massensterben, humanitäre Katastrophe, politisches Versagen: für die gegenwärtige Situation an den Außengrenzen der EU gibt es viele derartige Beschreibungen. Und sie sind zutreffend. Für viele Menschen, die auf der Flucht vor Krieg, Folter und Vertreibung über das Mittelmeer in die Europäische Union gelangen wollen, endet dieses Unterfangen tödlich. Nicht erst seit dem Untergang eines Flüchtlingsbootes, bei dem im Oktober des vergangenen Jahres mehr als 400 Menschen vor der zu

Italien gehörenden Mittelmeerinsel Lampedusa den Tod fanden, müssen wir, Deutsche und Europäer, daran interessiert sein, diese Tragödie schnellstmöglich zu beenden. Das erfordert auch politisches Handeln.

Die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag hat bereits zu Beginn des Jahres einen Antrag vorgelegt. Unter dem Titel „Das Massensterben an den EU-Außengrenzen beenden – Für eine offene, solidarische und humane Flüchtlingspolitik der Europäischen Union“ werden die Missstände der europäischen Flüchtlings- und Asylpolitik aufgezeigt. So ist der „Tod Zehntausender Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten seit den 90er Jahren [...] Teil und Folge einer auf Grenzabwehr und Abschottung gerichteten Politik“.¹ In ihrem Antrag wirft DIE LINKE. den politisch Verantwortlichen und damit auch der Bundesregierung vor, einen „grundlegenden Wandel der EU-Flüchtlingspolitik“ zu verweigern.

In einer öffentlichen Anhörung des Innenausschusses des Bundestages wurde der Antrag am 2. Juli weiter beraten. Eingeladen waren diverse Sachverständige, darunter Flüchtlingsorganisationen wie PRO ASYL e.V. und der Italienische Flüchtlingsrat, aber auch die Europäische Grenzschutzagentur FRONTEX. Diese steht aufgrund ihrer Politik der Abschottung an den Grenzen Europas immer wieder in der Kritik.

FRONTEX spricht in seiner Stellungnahme von einem „effizienten, qualitätvollen und einheitlich ausgeübten Grenzschutz“ zur „Bewältigung der irregulären Migration und der schwerwiegenden Kriminalität an den Außengrenzen der EU“.² Günter Burkhardt, Geschäftsführer von Pro Asyl, hingegen beklagt vor allem die sogenannten „push backs“, bei denen Flüchtlinge bereits in Grenznähe zurückgedrängt und damit an der Einwanderung gehindert werden. Sie seien laut Burkhardt völkerrechtswidrig, menschenverachtend. Er bezieht sich auf eine Stellungnahme der EU-Kommission, wonach „push backs“ unvereinbar mit internationalen und europäischen Verpflichtungen seien. Diese Position teilt auch DIE LINKE. Aus ihrer Sicht betreibt FRONTEX eine „perfekionierte Grenzabschottung“³, die aufzugeben ist. Die Agentur muss aufgelöst werden.

Grundsätzlich muss es das Ziel sein, „Schutzsuchenden eine sichere Einreise [zu] ermöglichen und legale Einwanderungswege für Migrantinnen und Migranten [zu] schaffen“.⁴ Doch allein es fehlt der politische Wille. Stattdessen werden Flüchtlinge und Asylsuchende, selbst wenn sie unter lebensbedrohlichen Umständen Europa erreichen, kriminalisiert und „zum Teil EU- und völkerrechtswidrig zurückgewiesen“.⁵ DIE LINKE. macht klar: „Ein ‚Weiter so‘ in der Asylpolitik darf es angesichts der zehntausenden Toten als Opfer dieser Politik nicht geben“.⁶

Martin Mandel

¹BT-Drs. 18/288, ²BT-Ausschussdrucksache 18(4)106 A, ³BT-Drs. 18/288, ⁴ ebd., ⁵ ebd., ⁶ ebd.

Die Flucht unnötig werden lassen – Solidarität üben!

Flüchtlingpolitische Positionen der LINKEN

Politische Verfolgung, Not und Krieg gehört in vielen Teilen der Welt zum Alltag. Trotzdem bleiben sie unerträglich und unmenschlich. Aus diesem Grunde befinden sich zurzeit weltweit mehr als 51 Millionen Menschen auf der Flucht.



© Initiative Echte Soziale Marktwirtschaft (IESM) / pixelio.de

Die meisten von ihnen bleiben in ihrem Heimatland, doch rund 17 Millionen Menschen überschreiten auf ihrer Flucht auch Ländergrenzen und gelten erst dann offiziell als Flüchtlinge. Ihnen allen – ob Flüchtlinge, so genannte Binnenvertriebene oder AsylbewerberInnen – ist aber gemeinsam, dass sie ihr Zuhause, ihre Familie, ihre Bekannten und FreundInnen verlassen, weil sie unter den bestehenden Bedingungen nicht mehr leben können oder nicht mehr leben wollen. Einen solchen Schritt tut jedoch kein Mensch grundlos und unüberlegt.

Für DIE LINKE. besteht daher kein Zweifel, dass eine gelingende Flüchtlingspolitik an der Beseitigung der Fluchtursachen ansetzen muss und nicht an der

Abschottung Europas vor den betroffenen Menschen. Deshalb fordert sie auch das vollständige Ende aller deutschen Waffenexporte, um die Kriegsführung international zu erschweren. Zugleich steht DIE LINKE. für eine Politik, die allen Menschen ein Leben in Sicherheit und Würde ermöglichen soll. DIE LINKE. lehnt deshalb die Bestrebungen ab, das Territorium der Europäischen Union mit technischen und militärischen Mitteln gegen Menschen aus Afrika oder anderen Regionen der Welt abzuschotten, anders als etwa Jean-Claude Juncker, der designierte Präsident der europäischen Kommission, kennt DIE LINKE. keine illegalen EinwanderInnen. Sie ist vielmehr davon überzeugt, dass kein Mensch illegal ist.

DIE LINKE. besteht vielmehr darauf, dass alle Menschen ein Recht darauf haben, in Sicherheit zu leben und fordert daher die betroffenen Menschen schnell und unkompliziert zu unterstützen. Dementsprechend fordert DIE LINKE. ein Ende des alltäglichen Sterbens von Flüchtlingen im Mittelmeer. Stattdessen steht DIE LINKE. dafür, Flüchtlinge in allen Ländern solidarisch aufzunehmen und ringt um einen gerechten Ausgleich der dadurch entstehenden Kosten zwischen den europäischen Ländern.

Doch die Solidarität mit Flüchtlingen beschränkt sich nicht nur auf den Bereich der Europa- und Außenpolitik, sondern ist auch mit konkreten innenpolitischen Forderungen verbunden. So fordert DIE LINKE. das Asylrecht im Grundgesetz wieder vollständig herzustellen und allen hier lebenden Menschen einen sicheren Aufenthaltsstatus zu garantieren. Jegliche benachteiligenden Regelungen, wie das Asylbewerberleistungsgesetz oder die so genannte Residenzpflicht, sind abzuschaffen, denn die Flüchtlinge sind nicht freiwillig hier und brauchen in ihrer ohnehin schwierigen Lebenssituation Unterstützung für ein würdevolles Leben. *Florian Grams*

UNHCR meldet traurige Negativrekorde bei den weltweiten Gesamtflüchtlingzahlen

Seit nunmehr 14 Jahren hat die UN-Vollversammlung den 20. Juni zum internationalen Gedenktag für alle Flüchtlinge auf dieser Welt gewählt. Auch in diesem Jahr weist sie auf die Tatsache von weltweit 51,2 Millionen Flüchtlingen¹ hin.

51,2 Millionen Einzelschicksale, die durch Krieg, Krisen, Gewalt und Armut aus ihrem ursprünglichen Lebensumfeld gerissen, verdrängt oder verjagt wurden. Jeder Einzelne von ihnen hat in der Heimat etwas zurücklassen müssen, was ihm zuvor lieb und teuer war. Sie nehmen enorme Strapazen und Entbehrungen auf sich, weil ihre Sehnsucht und Hoffnung, sich an einem anderen Platz in dieser Welt wieder ein besseres Leben aufbauen zu können, noch nicht gestorben ist.

Wöchentlich erfahren wir aus den Medien neue Höchststände der Flüchtlingszahlen der Asylsuchenden oder der Binnenvertriebenen. Die politische Flüchtlingsdebatte ist zuvorderst von Quoten und Kontingentzuweisungen geprägt, die persönliche Geschichte eines jeden einzelnen Flüchtlings, seine Hoffnungen und Sehnsüchte, sein Mut, seine Angst und seine Leiden bleiben bei der numerischen Betrachtung des Flüchtlingsproblems „außen vor“. Nach der Genfer Flüchtlingskonvention (s. Glossar) gelten 16,7 Millionen als anerkannte Flüchtlinge. Es ist also eine Person, die „aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will [...]“ (Art. 1A Abs. 2).

33 Millionen Flüchtlinge werden vom UNHCR als sogenannte „Binnenvertriebene“ (Internally Displaced Persons - IDP) bezeichnet, weitere 1,1 Millionen Menschen sind als Asylsuchende erfasst. Aktuell kommt das Gros der neuen Flüchtlinge aus Syrien.

Mit Blick auf die mehr als 2,5 Millionen von der UNHCR registrierten syrischen Flüchtlinge, die in den Nachbarstaaten, Libanon, Türkei, Jordanien, Irak und Ägypten Zuflucht gefunden haben, sind die in der EU diskutierten Aufnahmezahlen beschämend gering.

Laut UNHCR befinden sich alleine im Libanon mehr als 1,1 Millionen syrische Flüchtlinge. Das entspricht fast einem Viertel der libanesischen Bevölkerung – damit trägt das Land die Hauptlast der syrischen Flüchtlinge im Ausland. Über eine Millionen Bürgerkriegsflüchtlinge haben auch in der Türkei Zuflucht gesucht, und in Jordaniens Wüste wird zurzeit ein neues Mega-Flüchtlings-Camp errichtet, das bis zu 100.000 Menschen aufnehmen soll.

Das Ausmaß der Flüchtlingstragödie in Syrien kann und darf Europa nicht gleichgültig sein. Erst recht nicht, wenn, wie die Zahlen belegen, nahezu die Hälfte von ihnen Kinder sind. Viele der Kinder haben traumatische Erlebnisse hinter sich, Erlebnisse, von denen wir uns nur wünschen können, dass wir sie in unserem Leben niemals machen müssen.

¹ Global Trends Report des UNHCR vom 20. Juni 2014

Die Flüchtlingstragödie macht nicht vor Europas Außengrenzen halt

Auf der Flucht nach Europa starben im Mittelmeer alleine in diesem Jahr mindestens 800 Bootsflüchtlinge.² In den Jahren 2013 und 2012 wurden 600 beziehungsweise 500 Tote gezählt. Die Dunkelziffer dürfte beträchtlich höher sein, denn die Zahl der Flüchtlinge, die den Weg über das Mittelmeer wählen, steigt kontinuierlich.

Bereits in der ersten Jahreshälfte 2014 haben mehr als 75.000 Flüchtlinge und Migranten diesen Weg nach Europa gewählt. Italien nennt 63.884 Ankünfte, Griechenland 10.000, Spanien 1.000 und Malta 227 Ankünfte.

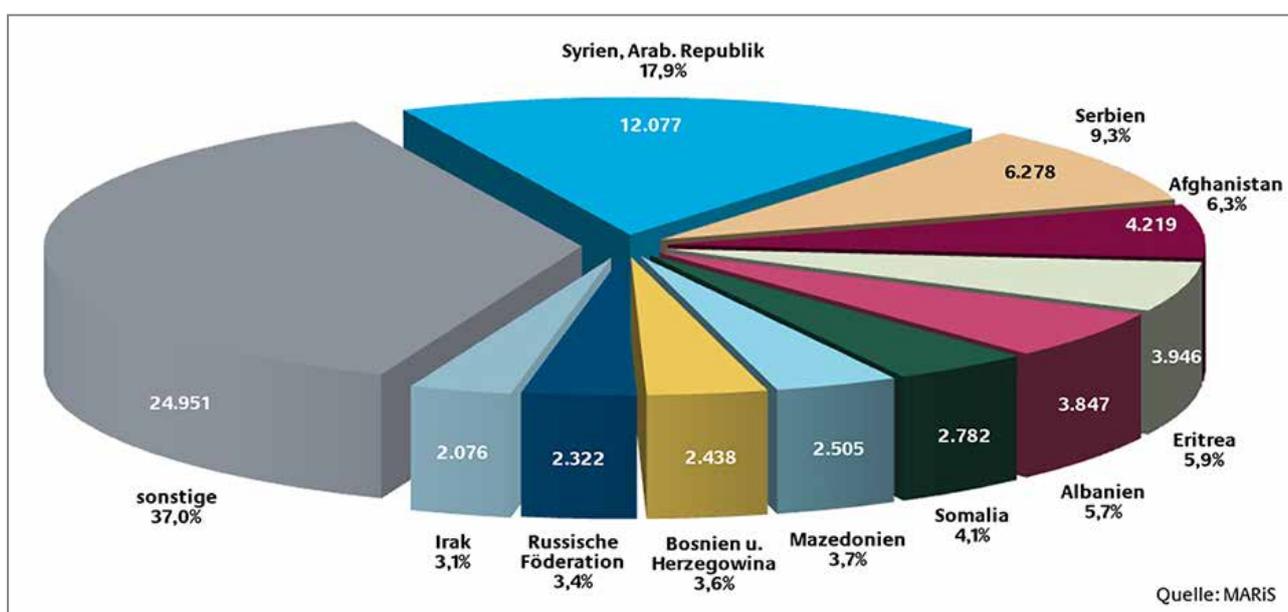
Die UNHCR würdigt ausdrücklich die Anstrengungen der europäischen Mittelmeeranrainer, aber sie kommt an dem expliziten Hinweis nicht vorbei, alle Staaten und deren Handelsmarine aufzurufen, ihren Verpflichtungen nach internationalem Flüchtlings- und Seerecht nachzukommen. Sprich: In Seenot geratene Flüchtlinge zu retten und nicht „wegzuschauen“. Der italienische Ministerpräsident Matteo Renzi drückte sich da weniger diplomatisch aus: „Um die Fische kümmert sich Europa, bei den Leichen im Meer sieht sie weg“.

Derzeit feilscht die EU in einem mühsamen und quälenden Prozess darum Regelungen zu finden, welches Land, wieviele Flüchtlinge (im Sinne einer Lastenverteilung) aufnehmen kann und soll. Gemeinsame und wegweisende humanitäre Initiativen zur Bewältigung der Flüchtlingsproblematik sind derzeit nicht in Sicht.

Asylanträge in Deutschland: Zahlen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge

Nach den Angaben des Bundesamtes wurden im ersten Halbjahr 2014 77.109 Asylanträge gestellt. Die meisten kamen aus Syrien. Die nachfolgende Grafik zeigt die Hauptherkunftsländer im Zeitraum 01. Januar 2014 bis 30. Juni 2014 und ihren prozentualen Anteil am Gesamtaufkommen auf.

Hauptherkunftsländer im Zeitraum 01.01. bis 30.06.2014, Gesamtzahl der Erstanträge 67.441



Grafik: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Aktuelle Zahlen zu Asyl, Juni 2014

² www.uno-fluechtlingshilfe.de/fluechtlinge/zahlen-und-fakten.htm

Die Zahl der Flüchtlinge, die in Deutschland Asyl beantragen, steigt rapide. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum waren es fast 60 Prozent mehr. Für das Gesamtjahr rechnet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit fast 200.000 Asylanträgen. Bezieht man die potenziellen Konfliktregionen Gazastreifen, Libanon oder Libyen mit ein, dann wird die Anzahl der Asylanträge noch weiter steigen.

Flüchtlinge und Migranten, die Deutschland [trotz Frontex (s. Glossar) und der Drittstaatenlösung], erreichen, werden zunächst in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht und anschließend nach dem Königsteiner Schlüssel auf die jeweiligen Bundesländer verteilt. Anschließend liegt die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge in den Händen der Städte und Kommunen.

Auf diese Flüchtlingswelle sind die Kommunen nicht vorbereitet gewesen. Bestehende Wohnheime und Unterkünfte sind hoffnungslos überfüllt und reichen bei Weitem nicht aus. Mit rasch ausgewiesenen Notunterkünften, Containeraufbau oder Zelten versuchen sie ihrerseits, eine ausreichende Anzahl von Unterbringungsmöglichkeiten für die Flüchtlinge zu schaffen.

Auch in Bremen beginnt für viele Flüchtlinge ein Neuanfang. Die Sozialbehörde geht in diesem Jahr von rund 1.900 neuen Flüchtlingen aus. Im Vorjahr wurden 1.100 Flüchtlinge aufgenommen. Aktuell gibt es in Bremen und Bremerhaven 16 Wohnheime und Notunterkünfte, in denen rund 1.200 Betten zur Verfügung stehen. Vier weitere Unterbringungsmöglichkeiten mit circa 400 Betten sollen bis Ende des Jahres dazukommen.

Gleichzeitig ist man in Bremen bestrebt, etwa 800 Flüchtlinge den Umzug in Privatwohnungen vermitteln zu können, so dass diese frei gewordenen Plätze den Neuankömmlingen wieder zur Verfügung stehen. *Rudolf Kossolapow*

Der **Königsteiner Schlüssel** legt die exakten Quoten der Asylbegehrenden fest, die jedes Bundesland aufnehmen muss. Er wird jährlich entsprechend der Steuereinnahmen und der Bevölkerungszahl der Länder errechnet. Auf diese Weise sollen die mit der Aufnahme verbundenen Lasten angemessen verteilt werden.

Die Verteilungsquoten fallen für 2014 wie folgt aus:

Bundesland Quote

Baden-Württemberg	12,93143%
Bayern	15,22505%
Berlin	5,07477%
Brandenburg	3,07156%
Bremen	0,93354%
Hamburg	2,55023%
Hessen	7,30187%
Mecklenburg-Vorpommern	2,06015%
Niedersachsen	9,40134%
Nordrhein-Westfalen	21,21997%
Rheinland-Pfalz	4,80847%
Saarland	1,22715%
Sachsen	5,14393%
Sachsen-Anhalt	2,90793%
Schleswig-Holstein	3,36391%
Thüringen	2,77870%

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Verteilung der Asylbewerber 2014

Fluchterfahrungen



© Manja Herrmann

Cindi Tuncel

Cindi Tuncel ist Abgeordneter der LINKEN. in der Bremischen Bürgerschaft. Der Diplompädagoge ist dort Sprecher für Jugend, Migration, Sport und Friedenspolitik. Als er acht Jahre alt war, flohen seine Eltern mit ihm aus der Türkei nach Deutschland, weil sie als jesidische Kurden, die in der Türkei verfolgt werden, für ihre Kinder eine sichere und bessere Zukunft wollten.

Frage: Wie verlief Ihre Flucht?

Tuncel: Von dem Dorf, aus dem wir kamen, sind wir zunächst in die Kreisstadt gefahren, von dort weiter nach Istanbul. Dort ist mir erst klar geworden, dass wir nicht wieder zurückgehen werden. In Istanbul haben wir eine Woche lang in einem Hotel gelebt. Eigentlich wollten wir nach Frankfurt fliegen, aber irgendetwas haben die Schleuser wohl falsch gemacht, wir sind jedenfalls nach London geflogen. Und das mit sieben Kindern, meinen Eltern und über 20 anderen Personen aus unserem Dorf. Das war 1985.

Frage: Sie blieben dann erst einmal in London?

Tuncel: Nein, so einfach war das nicht. In London wollten die Behörden uns eigentlich gleich wieder zurück in die Türkei schicken, aber letztlich hat sich die Pilotin geweigert, uns wieder mitzunehmen, denn sie wusste, dass uns in der Türkei Gefahr drohte. Und so konnten wir eine Woche in London bleiben, dann ging es mit der ganzen Gruppe weiter nach Brüssel. Dort hatte mein Vater gute Beziehungen zu Christen aus der Türkei. In Brüssel sind wir vier Wochen geblieben. Die Erwachsenen in der Gruppe ließen dann jeder ihre Beziehungen spielen und so konnten wir eines Nachts, allerdings illegal, in Minibussen über die Grenze nach Deutschland.

Frage: Wie ging es in Deutschland weiter?

Tuncel: Zunächst ging es nach Gütersloh, dann zu einem Cousin meines Vaters in Oldenburg, immer mit neun Personen, die sieben Kinder und meine Eltern. Von dort ging es schon bald zu einer Nichte meines Vaters nach Bremen-Huchting. Aber auch wieder nur für einige Wochen. Dann nahm uns eine Tante in Bremen-Tenever auf.

Frage: Wovon haben Sie gelebt?

Tuncel: Wir bekamen sehr viele Spenden von Verwandten und Freunden. Staatliche Hilfe haben wir gar nicht bekommen. Letztlich mussten wir in ein Asylbewerberheim nach Braunschweig, was wir eigentlich nicht wollten. Immerhin habe ich mich dort mit sehr vielen Afrikanern angefreundet und weiß heute noch, wie es sich anfühlt, in so einem Heim leben zu müssen. Meine Eltern waren aber fest entschlossen, nach Bremen zurückzukehren. Wir lernten einen Journalisten kennen, der uns unter anderem dabei sehr weitergeholfen hat. Letztlich ist es auch gelungen und wir haben sechs Monate in Bremen-Sebaldsbrück gelebt, irgendwann ging es dann von dort nach Bremen-Hemelingen. Gelebt haben wir meistens mit der ganzen Familie in nur einem Zimmer. In Deutschland sind dann noch drei Geschwister von mir geboren worden, aber das erst später.

Frage: Warum Sind Ihre Eltern mit den Kindern geflohen?

Tuncel: Meine Eltern waren Landwirte, aber eben auch jesidische Kurden und das bedeutete, dass wir Kinder nur bis zur fünften Klasse in die Schule hätten gehen können. Wir konnten nicht sicher leben und mussten immer Angst vor Verfolgungen haben, denn wir waren Opfer des türkisch-kurdischen Konfliktes.

Frage: Was bedeutet für Sie die jesidische Kultur?

Tuncel: Sehr viel. Meine Frau ist Jesidin, aber ich gebe zu, dass das ein Zufall ist. Als Jeside wird man geboren. Heiratet man eine oder einen Nicht-Jesiden, so ist man selbst auch kein Jeside mehr. Ich plane, demnächst einmal in die Türkei zu fahren und meine älteren Kinder wollen dann unbedingt mit. Ich finde das gut, denn sie sollen wissen, wo ihre Wurzeln liegen. Sie müssen aber selbst entscheiden, ob sie religiös leben wollen oder nicht.

Frage: Wie haben Sie sich hier als Kind gefühlt?

Tuncel: Ich hatte Angst vor dem Fremden. Wir kamen vom Dorf und kannten vieles, an das ich mich hier erst gewöhnen musste. Da waren die vielen Lichter, wir hatten noch keine Elektrizität. Und hier gab es so viele Autos, was mich als Kind natürlich auch begeistert hat. Aber erschreckt haben mich dann wieder die Sprache, die ich erst lernen musste und auch die so ganz anderen Gepflogenheiten. Ich sage immer, dass ich damals vom Mittelalter in die Neuzeit gebeamt worden bin. Aber es gab auch so viel Unterstützung. Da war zum Beispiel eine Frau, die uns Spielzeug brachte. Das war schon toll. Da habe ich zum ersten Mal so etwas wie eine Willkommenskultur erfahren. Aber es gab natürlich einen großen Unterschied zwischen dem Gepflogenheiten zu Hause und dem, was ich im Sportverein oder in der Schule erlebte. Es war nicht immer einfach, damit klar zu kommen.

Frage: Was bedeutet das Wort „Heimat“ für Sie?

Tuncel: Heimat ist für mich da, wo die Menschen sind, die ich liebe. Heimat ist der Ort, an den ich stets wieder gerne zurückkomme und nicht immer wieder von vorne anfangen muss. Ich fühle mich im Übrigen in Bremen sehr zuhause, ich mag die Bremer Häuser und natürlich Werder Bremen. Ich bin Fußballfan.

Frage: Integration oder Inklusion – wie stehen Sie dazu?

Tuncel: Ich mag das Wort „Integration“ nicht. Es geht nicht darum, sich hier einzufügen und die eigene Kultur zu vergessen. Es muss um ein gleichberechtigtes Miteinander gehen in dem alle Menschen die gleichen Chancen haben. Inklusion heißt auch Teilhabe, andererseits muss jeder Mensch das Recht haben, sich zu seinen Wurzeln bekennen zu können.

Frage: Wie sind Sie zur Politik gekommen?

Tuncel: Die Flucht hat mich sehr geprägt. Wir haben viel Unterstützung erfahren, aber diese war immer auch politisch. Als ich dann als Jugendlicher im Jugendfreizeitheim war und das plötzlich geschlossen werden sollte, da habe ich begonnen mich zu engagieren. Ich bin kurze Zeit später von Nachbarn angesprochen worden, als es darum ging, dass die Wohnungsbaugesellschaft die Satellitenschüsseln entfernen wollte. Wir haben eine Bewohnerinitiative gegründet und hatten Erfolg. Da habe ich gemerkt, dass man etwas bewegen kann, wenn man sich zusammenschließt. Schließlich habe ich Soziale Arbeit studiert und gemerkt, dass alle, die uns unterstützen aus dem linken Spektrum kommen. Als damals die PDS und die WASG beschlossen zusammenzugehen, bin ich spontan ins Parteibüro gegangen und wollte mitmachen. Kurz danach bin ich gefragt worden, ob ich mir vorstellen kann, in den Beiräten mitzuarbeiten und so hat sich das immer mehr ausgeweitet, bis ich 2011 in die Bürgerschaft gewählt worden bin.

Frage: Was hat sich für Sie als Abgeordneter der Bürgerschaft verändert?

Tuncel: Als Abgeordneter habe ich sehr viel mehr Möglichkeiten, etwas zu verändern. Die Stimme eines Beirats wird längst nicht so wahrgenommen wie die eines Abgeordneten. Ich kann heute Kleine oder Große Anfragen

stellen, die auch vom Senat beantwortet werden müssen oder ich kann Anträge stellen, mit denen sich befasst werden muss. Ich kann als Abgeordneter sehr viel leichter auf die Dinge aufmerksam machen, bei denen es hakt.

Frage: Was machen Sie für Flüchtlinge?

© Torsten Lohse / pixelio.de



Tuncel: Engagiert habe ich mich wieder sehr, als die syrischen und irakischen Flüchtlinge kamen, zumal darunter ja auch wieder viele Jesiden waren. Damals haben wir von der Fraktion aus eine große öffentliche Konferenz zum Thema Migration einberufen. Wir haben darauf aufmerksam gemacht, dass Flucht immer auch Trauma bedeutet und wollten eine Bestandsaufnahme der Bedingungen für die Flüchtlinge in Bremen initiieren. Ich biete zudem ständig Bürgersprechstunden an und versuche, den Menschen die Angst vor den Flüchtlingen zu nehmen. Dafür gehe ich sogar auf die Bühne und sage: „Seht her, so sieht ein Flüchtling aus.“ Ich kann mich immer noch sehr gut in die Gefühls- und Erlebniswelt von Flüchtlingen hinein versetzen, war ich doch schließlich selbst einmal einer.

Frage: Was heißt das genau?

Tuncel: Ich weiß, was es heißt, jeden Tag abgeschoben werden zu können, nie zu wissen, ob man bleiben kann, ob man eine Perspektive hat. Meine Mutter und mein Vater zum Beispiel durften zehn Jahre lang nicht arbeiten, weil ihr Aufenthaltsstatus ungeklärt war, das macht sich sogar bei der Rente bemerkbar. Wer aber zurück muss, läuft Gefahr umgebracht zu werden. Auch meine Eltern hatten immer Angst davor. Das alles führt leicht zu einer allgegenwärtigen diffusen Angst vor der Zukunft.

Frage: Wie ist das bei Ihnen?

Tuncel: Ich bin jetzt selbst Vater von vier Kindern und finde es wunderbar, meine Kinder in Sicherheit zu wissen. Für meine Eltern war der Aspekt der Bildung immer sehr wichtig. So ist es auch bei mir und es ist ein gutes Gefühl zu wissen, dass meine Kinder hier alle Möglichkeiten haben, ohne dabei irgendeiner Gefahr ausgesetzt zu sein. Aber es geht sehr vielen Flüchtlingen sehr viel schlechter als meiner Familie und mir. Viele haben rein gar nichts mehr, sondern ihren ganzen Besitz irgendwelchen Schleusern überlassen müssen. Natürlich versuche ich privat, aber vor allen Dingen auf politischer Ebene, zu helfen. In der Sozialdeputation habe ich mich zum Beispiel vehement dagegen gewehrt, dass hier Flüchtlinge in Zelten untergebracht werden. Das geht gar nicht. Meine Arbeit beim Landessportbund gibt mir zudem die Möglichkeit, Angebote für jugendliche MigrantInnen anzustoßen, denn diese brauchen neben materieller und psychologischer Hilfe auch ab und an die Möglichkeit, die ganze Anspannung rauszulassen. Sport kann dafür ein gutes Ventil sein.

Frage: Wie sieht die Situation für Flüchtlinge in Bremen aus?

Tuncel: Es hat sich gebessert, aber die Situation damals in Bremen-Vegesack war schon extrem, als BürgerInnen und Bürger sich dort so vehement gegen ein Flüchtlingsheim gewehrt haben. Inzwischen engagieren sich aber viele BremerInnen und Bremer in der ganzen Stadt für Flüchtlinge. Nachbarn geben Nachhilfe oder spenden Kleidung oder Spielsachen. Man hat aus den Vorfällen in Vegesack gelernt. In Bremen-Arbergen ist es ganz gut gelungen, Flüchtlingen ein vorübergehendes Zuhause zu geben, auch müssen inzwischen die Flüchtlinge selten

länger als drei Monate in den Heimen bleiben und können dann in ganz normale Wohnungen, die in der ganzen Stadt verteilt sind, ziehen. Da hat sich eine ganz gute Willkommenskultur entwickelt. Man muss aufeinander zugehen und miteinander reden. Dafür setze ich mich ein.

Frage: Reicht die private Hilfe?

Tuncel: Nein, wir müssen viel mehr Flüchtlinge aufnehmen. Natürlich gibt es auch hier Probleme, aber verglichen mit denen in Syrien oder Irak sind das doch alles nur Kleinigkeiten. Was wir brauchen ist eine Willkommenskultur. Wir dürfen den Flüchtlingen nicht das Gefühl geben, sie seien für die Probleme verantwortlich, die wir haben. Das müssen wir auch der Bevölkerung klar machen. Natürlich haben wir zu viele Arbeitslose und zu wenige Lehrer, aber das wäre auch ohne Flüchtlinge so. Und wir müssen die Bevölkerung mitnehmen, wenn es darum geht, wo neue Flüchtlingsheime gebaut werden, sie in die Planung mit einbeziehen. Aber Bremen ist da auf einem ganz guten Weg. Mit der GEWOBA zum Beispiel konnte ein Netzwerk aufgebaut werden, um den Menschen schnell zu einer akzeptablen Wohnung zu verhelfen. Und natürlich darf es keinen jahrelangen ungeklärten Aufenthaltsstatus geben, das verhindert doch jede perspektivische Lebensplanung. Aber wie gesagt, wir sind da in Bremen auf einem guten Weg und darauf bin ich als Bremer auch stolz. *Das Interview führte Sabine Bomeier*

© Bigeasy Shoots / pixello.de



© Henrik G. Vogel / pixello.de



Ermessensspielräume nutzen, Zuflucht gewähren – Aspekte der Flüchtlingspolitik in Bremen

„Warum nimmt der drittgrößte Waffenexporteur kaum Flüchtlinge auf?“ – Mit dieser Frage auf schwarz-weißen Plakaten konfrontiert eine Kampagne namens „§ 23“ den öffentlichen Raum in Berlin. Aktueller Anlass ist die Weigerung des Berliner Senats und des Bezirksamtes Friedrichshain-Kreuzberg, unter Anwendung des § 23 Aufenthaltsgesetz, einer Gruppe von Geflüchteten Bleiberecht zu gewähren. Nachdem im April 2014 das seit 2012 bestehende Flüchtlingscamp auf dem Oranienplatz geräumt wurde, folgte im Juni schließlich die polizeiliche Belagerung des ehemaligen Schulgebäudes in der Ohlauer Straße, in dem viele Geflüchtete untergekommen waren. Laut einem Gutachten aus dem Bundestag vom März 2014 wäre die Erteilung von Aufenthaltstiteln rechtlich gangbar und möglich. Allein der Wille fehlt: Eine Kompromissvereinbarung zwischen Senat und Refugees hat den Flüchtlingen trotz weitgehender Einlassungen bislang nichts gebracht. Die politisch Verantwortlichen der unterschiedlichen Ressorts verwickeln sich in Uneinigkeit über Rechts- und Zuständigkeitsfragen und blockieren so jede konkrete Hilfe.

In Bremen und Bremerhaven ist es unter Rot-Grün bisher nicht zu einer derartig beschämenden Ordnungspolitik in Sachen Flüchtlingspolitik gekommen (und es gibt hier auch keinen von Refugees und ihren UnterstützerInnen besetzten Platz). Den städtischen Werbeflächen würde das Plakatmotiv „Warum nimmt der drittgrößte Waffenexporteur kaum Flüchtlinge auf?“ dennoch gut zu Gesicht stehen. Als Rüstungshochburg trägt Bremen mit Unternehmen wie Rheinmetall und EADS zur hohen Waffenexportstatistik Deutschlands maßgeblich bei. Ein entsprechend reflektierter Umgang mit außen- und flüchtlingspolitischen Fragen steht vor diesem Hintergrund noch weitgehend aus.



Vom Krieg zerstörtes Haus in Pristina

Fotos: © Matthias Preisinger / pixelio.de



Laut „Königsteiner Schlüssel“ muss Bremen als kleinstes Bundesland aktuell 0,93 Prozent der nach Deutschland kommenden Geflüchteten aufnehmen. 2012 waren es um die 550, für 2014 wird mit etwa 1.900 Menschen gerechnet. Hinzukommen unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, deren Zahl sich von 2010 bis 2013 mehr als vervierfacht hat (von 49 auf 236). Als der Senat im Sommer 2013 anfing, sich des steigenden Kontingents u.a. syrischer Flüchtlinge bewusst zu werden und die Beiräte beauftragte, die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften abzustimmen, entlud sich in manchen Ortsteilen fremdenfeindliche Empörung und Angst: „Warum ausgerechnet hier und nicht woanders?“, „Haben wir bei uns nicht schon genug soziale Probleme?“, „Warum überhaupt im Haushaltsnotlageland Bremen?“, „Was ist mit dem Werterhalt meiner Immobilien?“. In Form von Leserbriefen, Mobilisierungsschreiben oder auf öffentlichen Versammlungen hatten solche Befürchtungen und schlimmere Ausfälle Hochkonjunktur. Nachdem Soli-Gruppen, FlüchtlingsaktivistInnen sowie die Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE. reagiert und Aktionen für mehr Solidarität und gegen Rassismus angeschoben hatten, legte auch der Senat ein höheres Augenmerk auf Deeskalation und vermittelnde Prozesse. Um die schnelle Aufnahme von Menschen in Not zu ermöglichen, einigten sich die Beiräte schließlich darauf, der Einrichtung von Sammelunterkünften als Zwischenlösung zuzustimmen.



Fotos: Rudolf Kossolapow

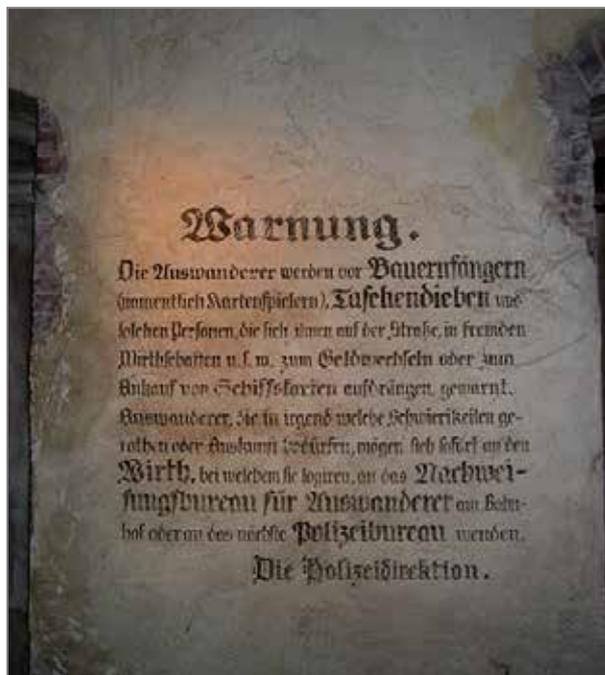
Das gerade neu erstellte Container-Übergangwohnheim im Bremer Stadtteil Hemelingen. Das Platzangebot reicht für 120 Personen. Erstbezug 01.07.2014

Nachdem die Kluft zwischen Aufenthaltsgesuchen und geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten im Dezember 2013 so groß geworden war, dass auch die Turnhalle einer leerstehenden Schule genutzt werden musste, sind inzwischen einige planmäßige Übergangsheime in Bremen fertiggestellt worden. Die verfügbaren festen Wohnungen reichen weiterhin nicht aus, in Horn und Arbergen wird auf Container zurückgegriffen, die Fertigstellung von Mobilbauten in Vegesack und Walle verzögert(e) sich deutlich. Auf eine parlamentarische Nachfrage der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE., wie viele syrische Geflüchtete auf Grundlage eines im Mai 2014 beschlossenen Erlasses, der den Nachzug von Familienmitgliedern erlaubt, in Bremen angekommen sind, lautete die Antwort Ende Januar 2014: zwei. Wutbürger sind derzeit weniger laut vernehmbar, dafür haben sich einige Willkommensinitiativen oder Infrastrukturen der ehrenamtlichen Nachbarschaftshilfe herausgebildet. Wer nicht so genau hinschaut, hält die Situation vielleicht für „unter Kontrolle“. Aus der informierten Sicht von Betroffenen und deren WegbegleiterInnen ist sie alles andere als zufriedenstellend.

Die Zentrale Aufnahmestelle in Habenhausen ist seit langem hoffnungslos überbelegt, hier muss dringend erreicht werden, dass die Verweildauer auf das gesetzliche Minimum von sechs Wochen beschränkt wird. Die Bildungsperspektiven junger, teils unbegleiteter Flüchtlinge sind völlig unzureichend. Einschränkungen beim Zugang zum Arbeitsmarkt müssen aufgehoben und die Abschiebungshaft abgeschafft werden. Die Bundesebene muss mehr Geld locker machen. Bremens Einfluss auf Deutschlands spärliche Bereitschaft, Flüchtlinge aus den Krisenregionen der Welt aufzunehmen, mag beschränkt sein. Aber der Senat kann sich entsprechend äußern und verhalten. Er hat definitiv in der Hand, ob die Ausländerbehörde bei der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen Ermessensspielräume nutzt oder nicht. Er kann dafür sorgen, dass Bremische Unternehmen, die an der EU-Flüchtlingsabwehr mitwirken, keine öffentlichen Mittel mehr erhalten. Und er kann dauerhaft darauf hinwirken, dass eine „weltoffene Hansestadt“ in diesen Zeiten bereit ist, Schutz suchenden Menschen einen Zufluchtsort zu bieten. *Doris Achelwilm*

Fahrt in ein besseres Leben

Von Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die Anfänge des 20. Jahrhunderts flohen tausende Menschen über deutsche Häfen vor Hunger und Verfolgung. Die Wirtschaft profitierte davon.



© Windrose / pixelio.de

Wie der Warnhinweis im Auswandererhaus belegt, war nicht allein die Überfahrt für die Auswanderer gefährlich.

Warnung.

Die Auswanderer werden vor **Bauernfängern** (namentlich Kartenspielern), **Taschendieben** und solchen Personen, die sich ihnen auf der Straße, in fremden Wirtschaften u.s.w. zum **Geldwechseln** oder zum Ankauf von **Schiffskarten** aufdrängen, gewarnt. Auswanderer, die in irgend welche Schwierigkeiten gerathen oder Auskunft bedürfen, mögen sich sofort an den **Wirth**, bei welchem sie logieren, an das **Nachweisungsbureau für Auswanderer** am Bahnhof oder an das nächste **Polizeibureau** wenden.

Die Polizeidirektion.

Die junge Familie steht am Kai und will das Schiff besteigen, das sie in ein besseres Leben bringen soll. Alles, was sie hatten, haben sie hergegeben, um dem Elend, dem Hunger und auch der Angst vor Verfolgung zu entkommen. Die letzten Ersparnisse zusammengekratzt, die paar Habseligkeiten verkauft und sogar noch etwas Geld von Verwandten mussten sie sich borgen, um die Reise in ein fremdes Land anzutreten, in ein Land, in dem eine Sprache gesprochen wird, die sie kaum verstehen und dessen Sitten und Gebräuche ihnen fremd sind. Aber sie wagen es, weil sie nicht mehr hungern und ohne Angst leben wollen. Das wünschen sie sich für sich und vor allem für ihre Kinder.

Nein, diese Familie steht nicht in Nordafrika und wartet auf ein Schiff, das sie nach Italien bringt. Sie steht in Bremerhaven, es ist Mitte des 19. Jahrhunderts und sie will nach Amerika auswandern. Sie ist Teil einer von drei großen Auswanderungswellen zwischen 1846 und 1893. Eine vierte Welle gab es dann zu Beginn des 20. Jahrhunderts, gefolgt von den verzweifelten Versuchen von Jüdinnen und Juden, der Verfolgung in Deutschland zu entgehen.

Viele solcher Geschichten sind unter anderem im Auswandererhaus in Bremerhaven dokumentiert. Die einen finden in der alten Heimat kein Auskommen mehr und fliehen vor dem Hunger, die anderen dürfen ihre Religion nicht ausüben, wieder andere haben sich gegen die politischen Verhältnisse in ihrem Land aufgelehnt und werden deshalb verfolgt. Auch sie ziehen eine Flucht der Verfolgung und dem Gefängnis vor. Viele von den damaligen Flüchtlingen zog es nach Amerika. Gute Jobs und reichlich Ackerland wurde ihnen verspro-

chen. Auch wenn der Anfang in der neuen Heimat oft sehr viel schwerer war, als sie es erwartet hatten, blieben die meisten in Amerika und bauten sich dort ein neues Leben auf. Heute sagen mehr als 50 Millionen Amerikaner von sich, sie hätten deutsche Vorfahren.

Doch zuvor hatten sie die Strapazen der Überfahrt zu überstehen. Wer nur wenig Geld hatte, was auf die meisten Auswanderer zutraf, musste diese in äußerst beengten Verhältnissen, oft im Zwischendeck ohne ausreichend frische Luft und Wasser, verbringen. So manch einer ließ sein Leben dabei.



© alipictures / pixelio.de

Die wenigen Habseligkeiten der Auswanderer waren in solchen Koffern, Kisten und Truhen verstaut

Von diesen Überfahrten lebten die Reeder nicht schlecht. Insbesondere Hamburg und Bremerhaven mauserten sich im Laufe der Zeit zu bekannten Auswandererhäfen. Dabei tauchten Auswanderer in den Anfängen nicht einmal in den Passagierlisten auf, sondern galten als Frachtgut, das in den Zwischendecks „gelagert“ wurde. Bezahlen mussten sie aber sehr wohl für die Überfahrt. Manchmal wurde auch ein Vertrag mit dem Kapitän oder der Reederei geschlossen, in dem vereinbart wurde, dass die Reisekosten in Amerika „abgearbeitet“ würden. Mit anderen Worten, die Flüchtlinge kamen hochverschuldet in der neuen Heimat an.

Im Frühjahr 1924 konzipierte der Norddeutsche Lloyd gar das Flaggschiff „Columbus“ als Auswandererschiff. Immerhin wurden die Auswanderer nun nicht mehr im Zwischendeck untergebracht, sondern schliefen in Vier-Bett-Kabinen. Zudem dauerte die Überfahrt nach Amerika mit der Columbus nur noch gut eine Woche.

Die Columbus war damals das größte Schiff der deutschen Handelsflotte und somit der engster Stolz und fuhr regelmäßig

von Bremerhaven, das inzwischen zum Sinnbild deutscher Auswanderungen geworden war, nach New York. Aber auch die Stadt Bremen wusste schon früh Geld mit den Auswanderern zu machen. „Das Auswanderergeschäft war ein wichtiger Teil der Bremer Wirtschaft“, heißt es in den Berichten des Auswanderermuseums in Bremerhaven und weiter: „Bremen unternahm alles, um keinen Geschäftsvorteil aus der Hand zu geben.“ So mussten noch 1840 die an dem Auswanderergeschäft beteiligten Kaufleute in Bremen ansässig sein.

Das Interesse am Geschäft mit den Flüchtlingen beruhte auch darauf, dass das Exportgeschäft Anfang des 19. Jahrhunderts stark rückläufig war. Was lag da näher, statt lebloser Waren lebendige Menschen zu transportieren? Man brauchte nur einen günstig gelegenen Hafen – diese Überlegungen führten 1827 zur Gründung von Bremerhaven, eröffnet wurde 1830. Das offene Meer ist ganzjährig problemlos erreichbar. Nachdem der Andrang stetig wuchs, wurde sogar ein Auswandererhaus gebaut, in dem die Passagiere bis zur Abfahrt logieren konnten. Auch das brachte Geld in die Kassen.

Zudem erließ Bremen passende Gesetze, die die Überseepassage von Auswanderern regelten, die die Reise über Bremen günstiger machten. Bis Mitte des 19. Jahrhunderts flohen rund 10.000 Menschen über Bremerhaven in ein besseres Leben. Etliche Tausende folgten bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts.

Vielleicht werden wir eines Tages auch in Lampedusa in ein Auswanderermuseum gehen können. Vielleicht wird dann dort den Flüchtlingen von heute der Respekt gezollt, den die Flüchtlinge von damals in Bremerhaven genießen. *Sabine Bomeier*

Gastbeitrag eines Bremer Wahrzeichens



© Sabine Borneier

Die Rolandstatue in Bremen

Ein Roland bei der Betrachtung der Menschen zu seinen Füßen

Da stehe ich nun auf meinem steinernen Sockel in Bremens „Guter Stube“ und beobachte die Menschen um mich herum. Ich mag dieses Gewusel zu meinen Füßen und ich mag die vielen verschiedenen Individuen. Aus allen möglichen Ländern kommen sie, einige mit viel Geld in den Taschen, das sind die Touristen, die eisschleckend mich und die herrlichen alten Häuser um mich herum bestaunen. Ist ja auch wirklich schön hier.

Aber da sind manchmal auch andere Menschen, auch sie kommen von weit her, haben aber kaum Geld in den Taschen, denn es sind Flüchtlinge und viele von ihnen wissen nicht einmal, wie lange sie bleiben dürfen. Selten genug kommen sie hierher in die Innenstadt, meist leben sie am Rande von Bremen. Asylanten werden sie genannt, nicht selten recht abschätzig gemeint. Dabei ist das Wort „Asyl“ im Grunde ein großes und schönes Wort, meint es doch Zufluchtsort oder auch Obdach. Das verbinde ich mit dem Gedanken, Menschen zu helfen, die aus welchen Gründen

auch immer der Fürsorge bedürfen. Dabei darf es keine Frage sein, warum ein Mensch Hilfe braucht, sondern entscheidend ist, dass er sie benötigt. Sollten wir in diesem Sinne nicht allen Menschen jederzeit einen Zufluchtsort gewähren? Aber so einfach ist das leider nicht immer.

Wer hier Asyl sucht, der bekommt erst mal nur das Nötigste zum Leben, arbeiten darf er aber auch nicht. Nein, wer bei uns eine Zuflucht sucht, der muss erst beweisen, dass er diese auch wirklich braucht. Dabei gilt nicht jeder Grund als rechtschaffen. Wer zu Hause hungern musste und deshalb in die Fremde zog, gilt als Wirtschaftsflüchtling. Das riecht danach, besser leben zu wollen, das ist nicht ehrenhaft, so einer muss zurück in seine Heimat. Politisch verfolgt sein ist dagegen in Ordnung. Damit darf man bleiben, fast immer.

Gleichzeitig höre ich immer wieder Rentner darüber reden, dass sie ihren wohlverdienten Ruhestand im Süden Spaniens verbringen möchten, sie möchten eben „besser leben“. Sie möchten besseres Wetter, und preisgünstigere Lebensverhältnisse, hier ist ja alles so teuer. Das sei ihnen auch gegönnt. An Tagen mit dem für Bremen so typischen Schmuddelwetter würde ich so manches Mal gerne mitfahren, aber ich bin ja aus Stein und hier fest auf meinem Sockel verankert. Ich kann nicht weg. Aber ich frage mich da schon, was diese Rentner mit ihrem verständlichem Wunsch nach einem besserem Leben von dem „Asylanten“ unterscheidet, außer dass es Letzterem in seiner Heimat sicher sehr viel dreckiger ging als den Rentnern hier?

Euer Roland zu Bremen

Glossar

Aufenthaltsstatus

Unter Aufenthaltsstatus versteht man umgangssprachlich die rechtliche Grundlage für den Aufenthalt einer Person im Inland. Die Bezeichnung ist kein Rechtsbegriff. Sie wird zwar in einigen Vorschriften des deutschen Aufenthaltsrechts, im Bereich des Datenschutzrechts und teilweise im Schulrecht der Bundesländer verwendet, dort aber nicht definiert.

Dublin-III-Verordnung

Die Dublin-III-Verordnung ist eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rates. In ihr wird geregelt, dass immer nur ein Land der EU für die Durchführung eines Asylverfahrens zuständig ist. In der Regel ist dies das Land, in dem der Flüchtling den ersten Antrag auf Schutz stellt. In der Folge werden jährlich mehrere tausend Flüchtlinge von einem Land der EU in ein anderes überstellt. Diese Abschiebungen sind in vielen Fällen von Inhaftierung (Abschiebehäft) begleitet. Zudem fällt durch diese Regelung den Ländern an den Außengrenzen der Union eine größere Verpflichtung zu als den anderen Mitgliedern der Union. Die Dublin-III-Verordnung regelt darüber hinaus auch die Weitergabe von Personendaten zwischen den staatlichen Institutionen der Mitgliedsländer.

Duldung

Die Duldung ist die schwächste Form des Aufenthaltsrechts. Sie stellt kein Recht dar, sondern umschreibt nur, dass eine Abschiebung aus rechtlichen oder sachlichen Gründen (etwa fehlende Flugverbindungen oder ähnliches) nicht möglich ist. Entsprechend müssen Betroffene immer mit ihrer Abschiebung rechnen.

FRONTEX

Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Sie koordiniert die Sicherung der Außengrenzen der EU und legt Richtlinien für die Ausbildung der GrenzerInnen fest. Darüber hinaus erstellt Frontex Risikoanalysen und organisiert gemeinsame Abschiebung von Flüchtlingen aus mehreren Mitgliedsstaaten der EU.

Genfer Flüchtlingskonvention

Die Genfer Flüchtlingskonvention ist ein Abkommen, das auf einer UNO-Konferenz im Jahre 1951 verabschiedet wurde. In ihm ist festgeschrieben, dass Flüchtlinge, die aufgrund von Herkunft, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder politischer Überzeugung zur Flucht gezwungen worden sind, grundlegende Rechte zustehen. Dazu gehören insbesondere der Schutz vor Diskriminierung wegen Rasse, Religion oder Herkunftsland, die Religionsfreiheit, das Recht auf Ausstellung eines Reiseausweises für Flüchtlinge, die Straffreiheit der illegalen Einreise, sofern der Flüchtling sich umgehend bei den Behörden meldet, und der Schutz vor Ausweisung. Der Konvention sind derzeit 145 Staaten beigetreten.

Residenzpflicht

Die Residenzpflicht ist eine Auflage für in Deutschland lebende Asylbewerber und Geduldete. Sie verpflichtet die Betroffenen, sich nur in dem von der zuständigen Behörde festgelegten Bereich aufzuhalten.

UNHCR

Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge. Das UNHCR ist eine Organisation der UNO, die Flüchtlinge, Asylsuchende und RückkehrerInnen unterstützt. Dabei stellt das UNHCR vor allem technische Ausrüstung, Lebensmittel und Baumaterial zur Verfügung. In Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen wacht es aber auch über die Einhaltung von internationalen Vereinbarungen zum Flüchtlingsschutz.



Überblick aller bisher erschienenen Newsletter



NL 1: Titelthema: 20 Jahre Deutsche Einheit

Foto: peter fenge /pixelio.de



NL 2: Titelthema: Ausverkauf des Sozialstaates - Die Kürzungen beim sogenannten „Sparpaket“ der Bundesregierung. Foto: Kurt F. Domnik, pixelio.de



NL 3: Titelthema: Obdachlosigkeit

Foto: R. Kossolapow



NL 4: Titelthema: Kein Raum für Neonazis in Bremen



NL 5: Titelthema: Das Bildungs- und Teilhabepaket

Foto: günter havlena, pixelio.de



NL 6: Titelthema: Behinderungen im Alltag

Foto: Lars Fischer



NL 7: Weihnachtsausgabe 2011

Foto: kenn z /pixelio.de



NL 8: Titelthema: Alles nur Müll? Die große Lebensmittelverschwendung

Foto: A. Holling



NL 9: Titelthema: Vom Umgang mit Geschichte – Das Kriegsgefangenenlager in Sandbostel. Foto: Lars Fischer



NL10: Titelthema: Sozial geförderter Wohnungsbau in Bremen

Foto: Valentin Schinkel



NL11: Weihnachtsausgabe 2012: „Mitten unter uns - und doch oft nicht gesehen“

Foto: Thomas Wille



NL12: Titelthema: Altersarmut

Foto: uschi dreiucker /pixelio.de



NL13: Titelthema: Vier Jahre Bundestag – vier Jahre Wahlkreis – ein Versprechen für die Zukunft. Foto: Rudolf Kossolapow



NL14: Titelthema: Pflege und Pflegenotstand

Foto: R. Schimmel/pixelio.de



NL15: Titelthema: Krieg und Frieden

Foto: Andreas Dengs/www.photofreaks.ws./pixelio.de